

## Wiener Land

### Der Plan einer Stadterweiterung Wiens bis zum Semmering aus dem Jahre 1920

Von Rudolf Till

Für Wien ist das 19. Jahrhundert die Epoche des größten Anwachsens seiner Bevölkerung, die sich fast verachtfachte und von 231.000 auf 1,675.000 anstieg<sup>1</sup>. Diese durch starke Zuwanderung bedingte Bevölkerungszunahme<sup>2</sup> fand ihren Ausdruck in zwei Stadterweiterungen. Die erste kam über Anregung des Innenministers Graf Stadion 1849 ins Rollen<sup>3</sup>. Durch das provisorische Gemeindegesez vom 20. III. 1850 wurden vierunddreißig Vorstädte eingemeindet und zu den Bezirken 2—8. Schon bei dieser Stadterweiterung hatte man nicht mit einem weiteren starken Ansteigen der Bevölkerungszahl gerechnet und daher bereits in den siebziger Jahren eine weitere Stadterweiterung für notwendig gefunden<sup>4</sup>. Nach langen Verhandlungen zwischen Staat und Land gelang es schließlich dem Statthalter von Niederösterreich, dem Grafen Kielmansegg<sup>5</sup>, die zweite Stadterweiterung des 19. Jahrhunderts zu bewerkstelligen. Durch das Stadtstatut vom 20. XII. 1890 wurde der Kranz der Vororte von Simmering bis Döbling eingemeindet. Die Fläche der Stadt wurde mehr als verdreifacht und stieg von 5540 ha auf 17.812 ha an. Die Bevölkerung wuchs von 817.000 auf 1,364.000. Auch diese Stadterweiterung sollte sich bald als nicht ausreichend erweisen. Wirtschaftliche Erwägungen führten 1904/5 zur Eingemeindung von mehreren Orten am linken Donauufer. Die Alte Donau sollte als Hafen für den Donau-Oderkanal ausgebaut werden. Die Einwohnerzahl stieg durch diese Eingemeindung um 60.000 und in den folgenden Jahren noch weiter an. Um 1910 wurde die Zweimillionengrenze überschritten und bis 1914 zählte Wien fast zwei und eine Viertel Million Einwohner. Durch den Weltkrieg wurde dieses Wachstum unterbunden und beim Zusammenbruch 1918 erfolgte, durch Abwanderung bedingt, eine Abnahme der Einwohnerzahl. Bis 1920 war sie auf 1,842.000 gesunken.

Gerade in diesem Jahre stand ein alles Bisherige überbietender Plan einer großen Stadterweiterung Wiens zur Diskussion. Er wurde diesmal nicht durch starkes Bevölkerungswachstum ausgelöst, sondern vornehmlich durch politische Erwägungen. Die Neuwahlen von 1919, zum ersten Male nach dem allgemeinen Wahlrecht für Wien durchgeführt, verursachten einen politischen Erdbeben. Die sozialdemokratische Partei, bisher durch acht Gemeinderäte vertreten, gewann hundert von hundertfünfundsechzig Mandaten und

übernahm als stärkste Partei die Stadtverwaltung. Dieses Wahlergebnis war auch von einschneidender Bedeutung für den niederösterreichischen Landtag, wo gewisse Wahlrechtsprivilegien zu Gunsten des Großgrundbesitzes und des flachen Landes bestanden und diesem die Majorität gesichert hatten. Wien und besonders die sozialdemokratische Partei hatte auch hier bisher keine der Bevölkerungszahl und Wählerschaft entsprechende Vertretung. Noch 1914 entfielen im Landtag sechzehn Mandate auf den Großgrundbesitz, einunddreißig auf die Landgemeinden, fünfzehn auf die Städte und Märkte außerhalb Wiens und sechsundvierzig auf Wien. Wegen der Tatsache, daß einer Bevölkerungszahl von 1,8 Millionen für Wien eine von 1,4 Millionen für Niederösterreich entsprach, mußte man nun nach dem allgemeinen Wahlrechte die Mandatsverteilung im Landtag grundlegend ändern und der Stadt Wien die Mehrheit im Landtag sichern. Dazu kam noch mitbestimmend, daß die breite Masse des Volkes, durch keinerlei Bestimmungen des Kurienwahlrechtes beengt, volles Mitsprachrecht erhielt und ihre Stimme in Wien zum Großteil der sozialdemokratischen Partei gab.

Nach dem Wahlergebnis von 1919 erhielt Wien achtundsechzig Mandate, zweiundfünfzig das flache Land, die Sozialdemokraten vierundsechzig und die Christlichsozialen fünfundvierzig. Durch Wien gewannen die Sozialdemokraten auch im niederösterreichischen Landtag eine Schlüsselstellung und konnten, wenn auch mit knapper Mehrheit, den Landeshauptmann stellen. Die Folge dieser Geschehnisse war, daß in Wien die Frage der politischen Stellung der Stadt im und zum Lande in verschiedenen Varianten, wie Reichsunmittelbarkeit, Lösung aus dem politischen Verbände mit Niederösterreich und Schaffung eines eigenen Bundeslandes zur Diskussion stand. In Niederösterreich, vor allem bei den Vertretern der christlichen Bauernschaft, die im Landtage nun eine Minderheit wurden, führte diese Frage gleichfalls zu langen Debatten. Bei der Lösung der Kardinalfrage des Jahres 1920, bei der Schaffung eines Bundesverfassungsgesetzes, stand sie bald im Mittelpunkt der Beratungen der Volksvertreter in Staat, Land und Stadt.

Der Plan, durch eine große Stadterweiterung ein „Wiener Land“ zu schaffen, wurde in den Darstellungen der Stadt- und Landesgeschichte bisher nicht erwähnt<sup>6</sup>. Er scheint ein gleiches Schicksal zu erfahren, wie etwa sechzig Jahre früher der Plan einer Gliederung Wiens in Nationalitätenviertel<sup>7</sup>, um allen Völkern der Monarchie in der Haupt- und Residenzstadt eine Heimstätte zu bieten. Beide Pläne gerieten in Vergessenheit. Und doch hätten sie, wären sie durchgeführt worden, tiefgehende Folgen für Wien gezeitigt. Diese Pläne sind für eine quellenmäßige Forschung schwer faßbar, weil sie nicht über das Stadium der Diskussion hinausgekommen sind und kaum einen aktenmäßigen Niederschlag gefunden haben. Die alte Meinung, „quod non in actis, non est in mundo“ scheint sich hier zu bewahrheiten. Doch durch gelegentliche Hinweise in zeitgenössischen Memoiren<sup>8</sup>, Schilderungen<sup>9</sup> und in

Sitzungsberichten<sup>10</sup> gewinnt man, wie durch zeitraubendes Studium von Zeitungsnotizen über Pläne und Diskussionsthemen bei politischen Tagungen und Versammlungen, ein Bild von jenem Stadterweiterungsplane des Jahres 1920. In historischer Sicht zeigt uns eine Betrachtung dieses Planes, was Volks- und Parteivertreter damals erstrebten und ob ihm eine Wiens Entwicklung fördernde Idee zu Grunde lag. Sie zeigt, daß nicht nur das, was geschah, Geschichte und wert einer geschichtlichen Betrachtung ist, sondern auch das, was geschehen wäre, wenn die Pläne zur Durchführung gelangt wären. Sie sind bisweilen ein beachtlicher Beitrag zur Charakterisierung von Menschen und Gesellschaftsschichten. Der vorliegende Stadterweiterungsplan ist in Absicht und Auseinandersetzung auch ein Beitrag zur Frage der durch einen tausendjährigen gemeinsamen Weg gekennzeichneten Beziehungen von Niederösterreich und Wien, die erst in jüngster Zeit eine historische Würdigung erfuhren<sup>11</sup>.

Die Wienfrage, die Frage der künftigen Stellung Wiens und der Schaffung eines eigenen Bundeslandes Wien, war die Rahmenfrage für den Plan einer Stadterweiterung. Sie tauchte bald da, bald dort auf, kam in der Tagespresse und in politischen Versammlungen zur Sprache und gewann über Wien und Niederösterreich hinaus für die Landes- und Staatsvertretungskörperschaften Interesse. Es ist wohl schwer zu sagen und kaum mehr zu ergründen, wer die Schlagworte „Trennung Wiens“ und „Bundesland Wien“ in die politische Diskussion stellte<sup>12</sup>. Aus der einschlägigen Literatur, aus Presse und Memoiren kann man feststellen, daß dies schon zu Beginn des Jahres 1919, vor den Nationalratswahlen geschah<sup>13</sup>. 1920 sollte bei den Vorarbeiten zum Bundesverfassungsgesetz die Wienfrage zu einer der wichtigsten Fragen werden. Im Gemeinderat kam sie zu Beginn des Jahres einige Male zur Sprache. So am 9. 1., ausgelöst durch eine Anfrage des Gemeinderates Dr. Danneberg<sup>14</sup> hinsichtlich der Stellung Wiens zum Lande Niederösterreich und am 12. 1. durch eine Anfrage des Gemeinderates Kunschak<sup>15</sup>, wie sich die Stadtverwaltung die Eingliederung Wiens in den Staat vorstelle.

Ohne auf die Wienfrage näher einzugehen, ging die Stadtverwaltung zunächst daran, eine grundlegende Verwaltungsreform im demokratischen Sinne durchzuführen und die Vorarbeiten für eine neue Stadtverfassung in Angriff zu nehmen. Über die künftige Stellung der Stadt wurde noch keine Entscheidung gefällt, denn dazu mußte erst das Erscheinen der Bundesverfassung abgewartet werden. Mit der Frage der Schaffung der Bundesverfassung, die die konstituierende Nationalversammlung bis 31. X. 1920 fertig stellen sollte, trat auch die Wienfrage in ein akutes Stadium, denn bei der Erörterung des bundesstaatlichen Gedankens kam zwangsläufig auch die Frage der künftigen Stellung Wiens zur Sprache. Universitätsprofessor Dr. Kelsen wurde beauftragt, einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Sachverständige, Vertreter der Universität, der

Ministerien und obersten Gerichtsbehörden wurden beigezogen, Universitätsprofessor Dr. Mayr zum Staatssekretär für Verfassungs- und Verwaltungsreform bestellt und im Oktober 1919 bereits Koalitionsverhandlungen der politischen Parteien über die künftige Bundesverfassung begonnen.

Seit Beginn 1920 beschäftigten sich auch die Landesregierungen mit der Verfassungsfrage, denn bei den Vorarbeiten dazu sollten und wollten auch die Landesvertreter zu Worte kommen. Von Staatskanzler Dr. Renner wurden sie einige Male zu Länderkonferenzen nach Wien berufen. Auf Antrag der christlichsozialen Partei wurde für den 15.—17. II. in Salzburg eine Länderkonferenz angesetzt und abgehalten, auf der die Verfassungsfrage vom Standpunkte der Länder aus erörtert wurde. Auch die Wienfrage kam auf die Tagesordnung. Bei den Länderkonferenzen, so auch in Salzburg, stieß der Standpunkt der historisch denkenden Konservativen, die die Länder als einzige politische Realität ansahen, auf den starken Widerstand der Sozialdemokraten<sup>16</sup>, die der Meinung waren, daß der moderne Staat den Siedlungsverhältnissen entsprechend aufzugliedern sei und in der Betonung der politischen Befugnisse der historischen Ländereinheiten, bedingt durch die Siedlungsverhältnisse in Österreich, eine Ausschaltung des Einflusses der Arbeiterschaft auf die Zentralregierung in Wien zu erkennen glauben<sup>17</sup>. Die Länderkonferenz ging schließlich in Salzburg auseinander, ohne irgend welche entscheidende Beschlüsse gefaßt zu haben und sollte in Linz eine Fortsetzung finden<sup>18</sup>.

Ausgelöst und mitbestimmt durch die Länderkonferenz in Salzburg, bei der die Wienfrage sozusagen auf Landesebene durch Landesvertreter behandelt wurde, verursachte sie nun nach Salzburg und in Vorbereitung für Linz einen stärkeren Wellenschlag auf parteipolitischer Ebene und in den Kreisen derer, die sozusagen die Nächstbeteiligten waren, in den Arbeiterkreisen in und in der nächsten Umgebung von Wien. Bei den Länderkonferenzen waren die Christlichsozialen zumeist tonangebend. Die Sozialdemokraten wollten sich das Gesetz des Handelns besonders in der Wienfrage nicht entgleiten lassen. Sie beschäftigte nunmehr in gesteigertem Maße die Parteifunktionäre und wurde in Parteiberatungen und -versammlungen besprochen.

Samstag den 27. III. 1920 fand nun in Liesing eine von der sozialdemokratischen Kreisvertretung einberufene Konferenz der Vertrauensmänner des Wahlkreises Wiener Neustadt zur Beratung und Stellungnahme in der Verfassungsfrage statt. Dabei kam es zu einer weitgehenden Übereinstimmung in der Wienfrage, zu einer präzisen Forderung der Trennung Wiens und der Bildung eines eigenen Bundeslandes Wien. An dieser Konferenz nahmen gegen zweihundert Delegierte teil. Darunter eine große Zahl von Abgeordneten, Bürgermeistern und Gemeindefunktionären. So der Landtagsabgeordnete und spätere Innenminister Helmer, Landesrat Karl Müller, die Bürgermeister Knottke aus Klosterneuburg, Palme aus

Weidlingau, Ruzicka aus Mauer und Dr. Swoboda aus Pottendorf, die Vizebürgermeister Schreiber aus Liesing und Christoph aus Maria Enzersdorf, die Gemeinderäte Petznik aus Mödling, Goldschmied aus Mauer, Härting aus Wiener Neustadt, Reif aus Purkersdorf u. a. Den Vorsitz führte Vizebürgermeister Püchler aus Wiener Neustadt. Berichterstatter waren der Bürgermeister von Wiener Neustadt und zweite Präsident des niederösterreichischen Landtages, Anton Ofenböck und Gemeinderat Dr. Danneberg aus Wien.

Bürgermeister Ofenböck verwies darauf<sup>19</sup>, daß sowohl die Sozialdemokraten Wiens wie die christlichsozialen Bauern Niederösterreichs eine Trennung Wiens von Niederösterreich herbeizuführen wünschten. Für das Land bedeute das freilich den Verlust des größten Teiles seiner Einkünfte. Durch die Trennung werde aber die industrielle Bevölkerung in dem neuen Niederösterreich eine Minderheit sein. Die Mehrheit werden die Agrarier haben. Es sei aber undenkbar, daß bloß das gegenwärtige Stadtgebiet von Wien abgetrennt werden solle. Eine Millionenstadt brauche Entwicklungsmöglichkeiten. Das Wohngebiet gehe heute schon beträchtlich über seine Stadtgrenzen hinaus. Es sei daher begreiflich, daß nicht bloß die Stadt vom Lande losgelöst werde. Dann aber erhebe sich die Frage, ob es nicht zweckmäßiger wäre, statt von einer Trennung Wiens von Niederösterreich zu sprechen, die Teilung Niederösterreichs in ein industrielles Land und ein agrarisches Gebiet zu fordern. Ein Land, bestehend aus Wien und dem Industriegebiete an der Südbahn, wäre ein einheitliches Gebilde, das wirklich sozialdemokratisch verwaltet werden könnte.

Dr. Danneberg führte in seinem Referate aus, es sei zu prüfen, ob die historischen Grenzen der einzelnen Länder noch Sinn hätten und den Ansprüchen der modernen Entwicklung genügen. Die Arbeiter des niederösterreichischen Industriegebietes müssen das Recht haben, die Frage ihrer Landeszugehörigkeit aufzuwerfen, wenn die Bauern im Lande die Ausscheidung eines großen Gebietes verlangen und die Frage der Grenzen auf der Tagesordnung stehe. Es werde sich bald erweisen, daß das vielgeschmähte Wien eine große Anziehungskraft besitze. Die industrielle Entwicklung könne nur gewinnen, wenn das gesamte Industriegebiet in einem Lande vereinigt werde. Die Interessen Wiens seien mit denen des Südbahngebietes eng verbunden. Wiens Wasserleitung ziehe durch dieses Gebiet u. ä. m. Ein Wiener Land, umfassend das heutige Wohngebiet Wiens und das Industrieland bis über Gloggnitz hinaus, wäre zu schaffen, wenn wirtschaftlich zusammengehörige Gebiete vereinigt werden sollten. Die deutschnationalen und christlichsozialen Stadtvertreter werden wahrscheinlich gegen einen solchen Plan sein. Aber kleinliche Parteiinteressen dürften da keine Rolle spielen. Jedenfalls sei es indiskutabel, daß bloß Wien mit seinen heutigen Grenzen losgetrennt werde. Das wäre eine Schädigung für die Stadt und auch für die mit ihr schon förmlich verwachsene Umgebung. Freilich werde eine Eingemeindung nicht in Frage kommen,

denn jetzt seien die Investitionen, die dazu erforderlich wären, nicht aufzubringen.

In den diesen Referaten anschließenden Debatten wurde hervorgehoben, daß eine Einverleibung der Gemeinden in das Wiener Stadtgebiet nicht erwünscht werde, der Anschluß an das Wiener Land aber der überwiegenden Mehrheit des Industriegebietes entspreche. Nicht parteipolitische Gesichtspunkte seien hiefür maßgebend, sondern der Wille der Massen, an positiv schaffender sozialistischer Politik Anteil nehmen zu können, die in dem agrarischen Niederösterreich unmöglich sei. Insbesondere wurde von verschiedenen Rednern verlangt, daß letzten Endes die Bevölkerung der Bezirke selbst darüber befragt werden solle, ob sie bei Niederösterreich bleiben oder zum Wienerland kommen wolle. In dieser Lebensfrage für die Arbeiterschaft solle die Partei nicht entscheiden, ohne die Vertrauensmänner des gesamten Gebietes befragt zu haben.

Als Ergebnis der Beratungen stellte Bürgermeister Ofenböck im Namen der Delegierten folgende Forderung: „Wenn nach dem Verfassungsentwurf Wien von Niederösterreich getrennt werden solle, dann darf es nur so getrennt werden, daß das Industriegebiet der Südbahnstrecke von Liesing bis Gloggnitz mit Wien zu einem Wirtschaftsgebiet vereinigt und als Wiener Land in der Verfassung vermerkt wird“<sup>20</sup>. Es ist heute kaum mehr festzustellen, von wem dieser Plan zur Schaffung eines Wiener Landes ausging. Vermutlich war es Ofenböck. Sicher ist, daß er in Liesing zum ersten Male in aller Öffentlichkeit genannt und erörtert wurde, sodaß die Konferenz in Liesing am 27. III. 1920 als die Geburtsstunde dieses Planes bezeichnet werden kann.

Wie aus den Referaten und Debatten in Liesing zu ersehen ist, waren es vorwiegend wirtschaftliche und politische Momente, die zur Zusammenfassung der niederösterreichischen Industriegebiete und damit der Ballungszentren der sozialdemokratischen Anhänger zu einem eigenen Lande führen sollten. Der Plan blieb nicht unbeachtet und führte bald zu parteipolitischen Diskussionen. Die prinzipielle Stellung eines Gelehrten zur Trennungsfrage zeigt uns ein in der Neuen Freien Presse erschienener Artikel des Universitätsprofessors Dr. Brockhaus „Gegen die Trennung von Wien und Niederösterreich“ betitelt<sup>21</sup>. Brockhaus verweist darauf, daß sich Staatskanzler Dr. Renner eingehend und persönlich mit der Wienfrage befasse, die doch nur eine Detailfrage sei. Renners Meinung sei die, daß zuerst die Glieder feststehen müssen, bevor man aus ihnen einen Bundesstaat aufbauen könne. Die baldige Lösung der Wienfrage sei eine notwendige Voraussetzung für den Abschluß der Verfassungsarbeit. Die Trennung werde von beiden Seiten sehr kategorisch gefordert. Es wolle weder das flache Land eine vom Wiener Gemeinderat beherrschte Minderheit sein, noch wolle sich Wien besonders in Geldfragen vom Lande dreinreden lassen. Renner konstatiere eine gewisse Übereinstimmung des

Trennungswunsches, dem er sich als praktischer Politiker unterwerfe. Renner hätte sich aber fragen sollen, wirft Brockhaus ein, ob dieser subjektive Wunsch der Parteien auf tiefbegründeter staatlicher Notwendigkeit beruhe. Die Übereinstimmung des Trennungswunsches sei verdächtig. Die Parteien seien sich einig, aber nicht, weil sie ihre Parteiinteressen zurückstellen, sondern umgekehrt, weil es den speziellen Parteiinteressen der Herrschenden von Wien und Niederösterreich entspreche. Es fürchten die Christlichsozialen Niederösterreichs eine von Wien ausgehende sozialistische Führung und die Wiener Sozialdemokraten eine Verwässerung ihrer Stellung durch das flache Land. Die parteimäßige Übereinstimmung sage also nichts.

Eine weitere Stellungnahme von sozialdemokratischer Seite zeigt ein Artikel des führenden Landespolitikers Oskar Helmers, der gefühlsmäßig Niederösteirer war. Er führte wenige Tage später in der Arbeiterzeitung in einem Artikel „Wie soll die Trennung Wiens von Niederösterreich durchgeführt werden“ etwa folgendes aus<sup>22</sup>. Die Herren Ländervertreter, schrieb er darin, stellen sich eine Trennung Wiens von Niederösterreich sehr einfach vor. Die Länder werden nach ihren historischen Grenzen abgeschachtelt. Wien wird als eigenes Bundesland vom übrigen Niederösterreich abgeschält und die Verfassungsfrage sei erledigt. Schwierigkeiten zwischen Niederösterreich und Wien gab es immer. Das Landvolk wolle sich heute nichts von Wien, die Stadt nichts vom Lande vorschreiben lassen. Die Trennungsbestrebungen seien immerhin erklärlich. Die Frage sei nur die, wie die Trennung durchgeführt werden solle. Den bäuerlichen Vertretern von Niederösterreich mache die Lösung keine Schwierigkeiten. Sie meinen, Wien werde von Niederösterreich abgetrennt und kein Dorf dürfe zu Wien kommen. Nun sei es aber ganz undenkbar, daß für den Wiener bei Inzersdorf oder Mauer ein anderes Dorf beginnen könne. Die Erklärung der Vertrauensmänner des Viertels unter dem Wienerwalde habe diese Ansicht der Christlichsozialen gründlich zerstört. Die in Liesing erhobene Forderung nach der Schaffung eines eigenen Landes Wien, das wirtschaftlich mit der Stadt verbunden ein Gebiet bilden solle, habe die Herren verblüfft und sie bemühen sich nun, die Unmöglichkeit dieser Forderung darzutun. Nicht nur die niederösterreichischen Christlichsozialen seien erregt. Auch den Steirern mache diese Idee Kopfzerbrechen. Die Christlichsozialen seien gegen die Abtrennung, weil sie dadurch das steuerkräftigste Gebiet verlören. Wie soll nun die Trennung durchgeführt werden? Die Liesinger Konferenz habe vorgeschlagen, daß nicht einzelne Orte, sondern das ganze Industriegebiet mit Wien ein eigenes Bundesland bilden solle. Wien brauche eine Entwicklungsmöglichkeit, Wien brauche Bewegungsfreiheit, die es nur erhalten kann, wenn es mit dem Industriegebiete verbunden bleibe. Während die Christlichsozialen gegen dieses Verlangen anstürmen, habe das auf der Liesinger Tagung beschlossene Programm in der

Arbeiterschaft des Viertels unter dem Wienerwald volles Verständnis gefunden. Es müsse verhindert werden, daß dieses geschlossene Industriegebiet den Agrariern Niederösterreichs als Steuerbeute ausgeliefert werde. Die Errichtung eines Wienerlandes finde auch bei der Industriearbeiterschaft der Steiermark Interesse und Sympathie. Diese Erörterungen Helmers zeigen den Wellenschlag, den der Plan eines Wiener Landes in der sozialdemokratischen Partei und über die Partei und Landesgrenze hinaus verursachte.

Die Frage Wiener Land wurde begreiflicherweise in den Gemeindevertretungen jener Industrieorte erörtert, die bei der Verwirklichung des Planes unmittelbar betroffen worden wären. Sie wollten mitreden und mitentscheiden. Als erste der niederösterreichischen Industriestädte meldete sich St. Pölten zum Worte. In der Gemeinderatssitzung vom 30. III. wurde beschlossen, eine Konferenz der niederösterreichischen Städte und Industrieorte in die Stadtsäle nach St. Pölten einzuberufen<sup>23</sup>, um zu dieser lebenswichtigen Frage Stellung zu nehmen und ihre Interessen vertreten zu können. Über Einladung des Bürgermeisters Herbert Schnofl kamen am 7. IV. die Vertreter von vierundsechzig Städten und Großgemeinden nach St. Pölten. Die christlichsozialen Gemeinden hatten keine Vertreter geschickt. Bürgermeister Ofenböck vertrat auch bei dieser Konferenz die Liesinger Forderung im Interesse der Gemeinden, besonders aber im Interesse der Angestellten und Arbeiter. Abgeordneter Dr. Danneberg berichtete über den zur Beratung stehenden Verfassungsentwurf und hielt die Schaffung des Wiener Landes für berechtigt und durchführbar.

In jenen Tagen, als die Vertreter der Industrieorte in St. Pölten zusammenkamen, befaßte sich auch die Wiener Stadtvertretung, der Stadt- und Gemeinderat mit der Wienfrage. Am 9. IV. kam sie im Stadtrat zur Sprache<sup>24</sup>, wobei der christlichsoziale Stadtrat Dr. Kienböck gegen einen diesbezüglichen Antrag der Sozialdemokraten Stellung nahm. Der Gemeinderat und der Gemeinderatsausschuß für Verfassungsreform beschäftigten sich bei den Beratungen und Vorarbeiten für die neue Stadtverfassung über Antrag des Bürgermeisters Reumann auch mit der Frage der künftigen Stellung und der Stadterweiterung<sup>25</sup>. Dabei kam zum ersten Male im Wiener Gemeinderat der Plan einer Stadterweiterung durch Einbeziehung der Industrieorte an der Südbahn, der Plan eines Wiener Landes zur Erörterung. Auf eine Anfrage von christlichsozialer Seite im Gemeinderatsausschuß für Verfassungsreform gab der Vizebürgermeister Emmerling die Erklärung ab, daß die sozialdemokratische Partei die Zweiteilung von Niederösterreich verfolge. Das vorwiegend industrielle Viertel unter dem Wiener Wald soll nach ihren Plänen an Wien angeschlossen und mit Wien zusammen als selbständiges Bundesland vom übrigen Niederösterreich getrennt werden. Diese Erklärung wurde zunächst von den christlichsozialen Gemeinderäten, die sich durch Stadtrat Kienböck eine Stellungnahme vorbehielten, aufgegriffen. Aber auch von der

Tagespresse. Die Reichspost bemerkte<sup>26</sup>, daß erst eine Verständigung der Vertreter von Stadt und Land nötig sei und bezeichnete das Aufrollen dieser sozialdemokratischen Forderung als ein kritisches Vorspiel für die Linzer Länderkonferenz. Am selben Tage kam auch die Neue Freie Presse<sup>27</sup> in einem Artikel „Die Teilung Österreichs“ darauf zu sprechen und bezeichnete das Verhältnis zu Wien, das gar keine Stadt mehr sein wolle, sondern ein Staat, dessen Größe man noch gar nicht kenne, als schattenhaft und die Einverleibung des Industriegebietes, dem Willen der sozialdemokratischen Partei entsprechend, werde von den Parteigeignern abgelehnt.

Am 15. IV. kam die Stadtverfassungsreform neuerlich zur Sprache<sup>28</sup>, wobei Dr. Danneberg den vom Gemeinderatsausschuß für Verfassungsreform am Vortage zu Ende beratenen Gesetzesentwurf über die neue Stadtverfassung vorlegte. Im Motivenbericht wurde ausgeführt, daß die Trennungsfrage den Gemeinderat eingehend beschäftige. Je nachdem, wie die Grenzen des Landes bestimmt werden, werde die neue Landesverfassung zu gestalten sein. Werde ein großes Wiener Land geschaffen, so werde das Gemeindestatut unverändert bleiben können. Würde Wien im heutigen Umfange allein als Land erklärt werden, dann müsse eine neue Landesverfassung geschaffen werden. Ähnlich stehe es, wenn ein Land Wien geschaffen werde, dessen Grenzen nicht mit den heutigen übereinstimmen, ohne daß jedoch eine Gebietskörperschaft bestehend aus der Stadt und einem größeren Territorium außerhalb der Stadt entstehe. Dr. Kienböck erklärte<sup>29</sup> namens der Christlichsozialen dazu, daß die Mehrheit im Verfassungsausschusse den Wünschen der Minderheit in erheblicher Weise Rechnung getragen habe. Er habe aber dennoch Bedenken über die sofortige Annahme, denn durch die Trennung Wiens von Niederösterreich werde eine neue Lage geschaffen. Im Gemeinderat werde daher die Minderheit noch Gelegenheit nehmen, sich über die Vorlage zu äußern. Die für den folgenden Tag angesetzte Gemeinderatssitzung wurde daher mit großer Spannung erwartet<sup>30</sup>. Es sollte in dieser Sitzung nicht nur die neue Stadtverfassung und mit ihr die künftige Stellung Wiens zur Beratung kommen, sondern vor allem die Frage der von den Sozialdemokraten gewünschten Zerlegung von Niederösterreich in einen industriellen und einen agrarischen Teil eine entscheidende Rolle spielen. Über Antrag der Rathausmehrheit solle, wie man erwartete, beantragt werden, daß das ganze Industriegebiet an der Südbahn bis einschließlich Gloggnitz, darunter der Gerichtsbezirk Liesing, das Gebiet bis Neunkirchen und Wiener Neustadt, im Westen die Gerichtsbezirke Purkersdorf bis Rekawinkel und Klosterneuburg bis Höflein, im Nordwesten das Gebiet bis Lang Enzersdorf und Bisamberg abgetrennt und als Land konstituiert werde, dessen Mittelpunkt Wien wäre. Das Gebiet solle sich über Ebenfurth und Pottendorf bis an die ungarische Grenze erstrecken. Auch seien Bestrebungen im Gange, Stockerau und St. Pölten in

dieses neue Land einzubeziehen, das einen eigenen Landtag und den Namen „Wiener Land“ erhalten solle. Aus diesen Ankündigungen ist zu ersehen, daß der ursprüngliche Plan einer Stadterweiterung Wiens durch Einbeziehung der Industriegebiete an der Südbahn seit der Liesinger Konferenz am 27. III., also in kaum zwei Wochen, eine derartige Ausweitung erfahren hatte und ständig noch gesteigert wurde, daß dessen Durchführung einer Teilung des Landes Niederösterreich gleichgekommen wäre und eine ablehnende Haltung des flachen Landes und der christlichsozialen Partei zu erwarten war.

In der Gemeinderatssitzung am 16. IV. erfuhr nun die Frage der künftigen Stellung Wiens und der Schaffung eines Wiener Landes, wie erwartet, eine weitgehende Erörterung, bei der alle im Gemeinderat vertretenen Parteien Stellung nehmen konnten und nahmen. Aus ihren Ausführungen ist zu ersehen, wie die offiziellen Vertreter Wiens über diese Frage dachten<sup>31</sup>. Den Reigen eröffnete Gemeinderat Dr. Ehrlich mit einem Vorwurf an die Stadtverwaltung, daß man es bis heute nicht einmal wisse, ob Wien weiter die Hauptstadt von Niederösterreich bleiben solle oder nicht, ob Wien ein eigener Staat werden solle oder ob dieses Projekt, das hier zumindest angedeutet wurde, verwirklicht werden solle, das Projekt der Schaffung eines eigenen Wiener Landes. Man müsse bedauern, daß die Frage der künftigen Stellung Wiens im Gemeinderat noch nicht zur Erörterung gekommen sei und müsse verlangen, daß die Entscheidung über diese Frage nicht in Linz oder Salzburg falle, sondern im Wiener Gemeinderat ihre Erörterung und Erledigung finde.

In der weiteren Debatte, in die Bürgermeister Reumann einige Male eingriff<sup>32</sup>, erörterte er schon eingangs in längerer Ausführung die Bedeutung der Reform der Stadtverfassung, die in zwei Monate langer Beratung in die Wege geleitet und fertig gestellt wurde. Bezüglich der Schaffung eines Wiener Landes verwies er auf die Erklärung des Vizebürgermeister Emmerling in der letzten Sitzung. Der Standpunkt der Sozialdemokraten sei der, daß Wien nicht eingeschnürt werden dürfe, in einem Umfange, der es ihm nicht erlaubt, alle jene Aufgaben zu erfüllen, die als Land an die Gemeinde herangetragen werden. Derjenige, der für die Größe und Entwicklung der Stadt als Land nicht eintrete, kenne nicht die Aufgaben, die er als Vertreter der Stadt Wien zu erfüllen habe. Der sei ein Gegner der Weiterentwicklung der Gemeinde Wien und des zukünftigen Landes Wien. Ein wirklicher Vertreter der Interessen Wiens könne sich auf diesen Standpunkt nicht stellen. Mit Nachdruck betonte der Bürgermeister schließlich, daß es eine Notwendigkeit sei, bei der Trennung Wiens von Niederösterreich der Stadt durch den Anschluß möglichst weiter industrieller Gebiete Raum für die Entwicklung zu geben.

Unter den folgenden Debattenrednern sei besonders auf Gemeinderat Sirotek, einen Vertreter der in Wien lebenden Čechen

verwiesen<sup>33</sup>, der die Trennung Wiens und die Schaffung des Wiener Landes bejahte und in seiner Forderung den Bogen wohl zu weit spannte. Es sei notwendig, so betonte er, daß Wien den Weg zur Čechoslovakei erhalte und es gehe nicht an, daß es zu einer Enklave werde, die vom agrarischen Niederösterreich eingeschlossen sei. Es solle Verbindung mit anderen Staaten bekommen, mit Westungarn und besonders mit der Slowakei. Deren Grenzen seien von Wien nur zwei Stunden entfernt und die Verbindung mit ihr werde für die Stadt von großem Nutzen sein.

In einer langen, von Einwänden des Bürgermeisters und anderer Gemeinderäte öfters unterbrochenen Rede, ging dann Gemeinderat Kunschak<sup>34</sup> auf die bisher vorgetragenen Gesichtspunkte ein und legte als Hauptredner den Standpunkt der Christlichsozialen dar. Er wies die Äußerung des Bürgermeister Reumann zurück, daß jeder, der gegen die Erweiterung des Wiener Gebietes sei, kein Verständnis für die Bedürfnisse der Stadt habe, nannte den von Vizebürgermeister Emmerling bekanntgegebenen Plan eines Wiener Landes als sachlich, meritorisch unhaltbar und außerdem politisch eine schwere Inkonsequenz. Die Sozialdemokraten wären bis in die jüngsten Tage für die Reichsunmittelbarkeit und gegen die Trennung Wiens, gegen die Heraushebung aus dem Gefüge des Landes gewesen. Viel Verständnis habe Gemeinderat Sirotek gezeigt und gefunden, was Wien brauche. Was Wien brauche ist nicht, den Semmering in das Weichbild der Stadt zu bekommen und die Straße dorthin frei zu halten. Wien brauche den Weg nach Ungarn und in die Čechoslovakei, weil man von dort Lebensmittel hereinbringen könne. Dies aber nicht auf dem Umweg über Wiener Neustadt und den Semmering. Dieser Weg werde nur durch den Donau-Oderkanal geschaffen. Wenn man aber nach Einbeziehung des Industriegebietes südlich von Wien auf das ganze Marchfeld verzichte, weil dort nur Bauern wohnen, habe man sich den Weg in die Čechoslovakei ein für allemal verrammelt und dadurch ein Verbrechen an der Stadt Wien begangen. Der Bürgermeister stelle sich heute gegen das Treiben der Agrarier. Er drehe den Spieß um und verschmähe die Liebhaber von gestern, denn vor den Nationalratswahlen war die große Parole der Sozialdemokraten; „Bauern und Arbeiter fordern Schulter an Schulter die ganze Welt in die Schranken“. Kunschak bezeichnete selbst gegen die Stimmen seiner Parteigenossen die Trennung Wiens als ein Unglück und sprach sich dafür aus, zuerst die Staatsverfassung fertig zu stellen und darin den Wirkungskreis, die Rechte und Pflichten der Stadt im Staate festzulegen.

Nach diesem mitunter scharfen Wortgefechte ergriff Dr. Danneberg als Berichterstatter das Wort und nahm mit der Frage, ob es zweckdienlich sei, daß man so dick auftrage, wenn eine Frage, die noch so offen sei, wie die der Loslösung Wiens von Niederösterreich und noch in den allerersten Stadien der Erörterung stehe, gewissermaßen eine vermittelnde Stellung ein<sup>35</sup>. Darauf wurde über die neue Verfassung, durch die eigentlich die Frage über das

Wiener Land ausgelöst worden war, abgestimmt, die Verfassung angenommen und als niederösterreichisches Landesgesetz am 29. IV. publiziert. Über die künftige Stellung Wiens konnte sie noch nichts aussagen.

Auch außerhalb des Gemeinderates befaßte man sich mit der Wienfrage weiter. Die Reichspost bezeichnete am 17. IV. in einem Bericht über die Wienfrage im Wiener Gemeinderat die Stellungnahme Kunschaks als seine persönliche Ansicht<sup>36</sup>. Auch Dr. Seipel kam am 17. IV. im katholischen Kasino auf der Landstraße auf die Trennung Wiens von Niederösterreich zu sprechen<sup>37</sup>. Er vertrat die Meinung, daß sich über die Frage der Stellung Wiens reden lasse. Es gebe Gründe, die dafür sprechen, daß man das, was Jahrhunderte miteinander gelebt habe, nicht zerreißen solle. Er sei kein Freund der Trennung, weil er so alte historische Gebilde nicht gerne im Handumdrehen zerschlagen sehe. Vielleicht gehe es aber nicht anders. Es wünschten die Länder die Trennung, weil sie fürchten, daß Wien mit Niederösterreich, wenn sie beisammen blieben, das Übergewicht im Staate haben werden. Die Sozialdemokraten möchten diese Frage rasch durch den gegenwärtigen Landtag und Gemeinderat erledigen. Er sei der Meinung, daß zu erst die Verfassungsfrage, dann die Trennungsfrage beraten werde. In den folgenden Tagen kam die Reichspost noch einige Male auf die Wienfrage zu sprechen, die sie als eine der schwierigsten Aufgaben der Länderkonferenz in Linz bezeichnete<sup>38</sup>. Auch in Vereinsversammlungen geschah dies immer wieder. So lehnte in einer Versammlung des Wählervereines der „Vereinigten Christen“ am 18. IV. Landtagsabgeordneter Domherr Wolny<sup>39</sup> die Gebiets-erweiterung Wiens und die Zerstückelung Niederösterreichs ab. Am 21. IV. sprach in einer vom christlichsozialen Wählerverein Mariahilf einberufenen Versammlung Abgeordneter Professor Dr. Gürtler aus Graz<sup>40</sup> über die Trennung Wiens. Auch in der Nationalversammlung kam es noch am Vorabend der Linzer Konferenz zu einer bewegten Sitzung, bei der das Knarren der Koalitionsräder zu hören war<sup>41</sup>. Und zwar bei einer Budgetdebatte, bei der den Fragen und Debatten kein enger Rahmen gesteckt ist. Abgeordneter Dr. Adler<sup>42</sup> kam auf die prinzipielle Einstellung der Sozialdemokraten in der Verfassungsfrage zu sprechen, die er als eine Frage ernster Klassengegensätze bezeichnete. Auf die Trennungsfrage eingehend, nannte er die Länder nicht als etwas Heiliges. Wenn 140.000 Bewohner von Vorarlberg das Recht auf Selbständigkeit hätten, dann könnten 140.000 Bewohner von Obersteiermark oder des Industriegebietes von Wiener Neustadt dasselbe Recht haben, ihre Selbständigkeit zu fordern.

Am 20. IV. begann die Länderkonferenz in Linz. An ihr nahmen Staatssekretär Dr. Mayr, die Landeshauptmänner Hauser, Sever, Dr. Rintelen und Dr. Ender, die Landeshauptmännerstellvertreter Schlegel und Dr. Langoth und eine größere Zahl Delegierter der Länder teil. Für Niederösterreich und Wien waren u. a. die Land-

tagsabgeordneten bzw. Gemeinderäte Dr. Danneberg, Speiser, Kunschak, Schmitz und Segur erschienen. Zur Verhandlung wurden der Verfassungsentwurf von Staatssekretär Dr. Mayr und ein sozialdemokratischer Gegenentwurf vorgelegt. In beiden Entwürfen war eine Behandlung der Wienfrage vorgesehen. Die Deutschnationalen hatten zur gleichen Zeit in Linz eine Tagung der nationalfreihheitlichen Parteien und Organisationen einberufen, auf der die Verfassungs- und Wienfrage erörtert und der Standpunkt ihrer Vertreter bei der Länderkonferenz dahin festgelegt wurde, daß ihre Partei mit aller Entschiedenheit gegen eine Trennung Wiens von Niederösterreich sei und die Beibehaltung der historischen Landeseinheit verlange<sup>43</sup>.

Der Bericht über den ersten Konferenztag spricht von einer großen Zersplitterung der Ansichten der Parteien<sup>44</sup>, die in einer Erklärung der Sozialdemokraten gipfelte, daß die Linzer Vereinbarungen keine verbindliche Kraft besitzen sollen und als Privatangelegenheit zu betrachten seien. Und doch kam es schon an diesem Tage bei den Beratungen zwischen den christlichsozialen Delegierten von Wien und Niederösterreich zu einer grundsätzlichen Einigung über die Trennung und deren Durchführung<sup>45</sup>. Gemeinderat Schmitz, der dabei das Wort ergriff, äußerte die Meinung, daß es einem christlichen Wiener gewiß nicht leicht falle, in eine Lockerung des uralten, so viele Jahrhunderte bestehenden engen Gemeinschaftsverhältnisses zwischen Wien und Niederösterreich einzuwilligen. Trotzdem hätten sich die Christlichsozialen Wiens aus sehr gewichtigen politischen Gründen dazu entschlossen. Sie begreifen den Wunsch der ländlichen Bevölkerung, ihre Angelegenheiten unabhängig von Wien in Gesetzgebung und Verwaltung zu regeln. Ebenso habe die Gemeinde seit jeher den Wunsch, von der rein formalen Vormundschaft des niederösterreichischen Landtages in ausschließlich Wiener Angelegenheiten frei zu werden. Daher sind sich die christlichsozialen Vertreter von Wien und Niederösterreich einig geworden, daß eine Trennung stattfinden soll und zwar auf der Grundlage des gegenwärtigen Gebietsumfanges und der Sicherung der Interessen Wiens, wie Verkehrsfreiheit, Nutzung der Wasserkräfte, Ausbau des Donauhafens und des Wienerwaldes als Klimafaktor. Die Schaffung dieser Sicherung sei durch territoriale Angliederungen, wie sie von einem Teile der Sozialdemokraten als Kardinalforderungen aufgestellt werden, in keiner Weise oder doch nur unzulänglich zu erreichen, daß die damit verbundenen Nachteile in keinem Verhältnis dazu stehen. Wichtiger als solche Gebietserwerbungen, die auf harten Widerstand stoßen müssen, sei die gemeinsame Arbeit. Auch Landesrat Zwetzbacher erklärte als Delegierter Niederösterreichs, daß die Trennungsbestrebungen seit altersher von Wien ausgingen. Beim Zusammenbruch wurde die Freistadt und in weiterer Folge eine Gebietserweiterung verlangt, die Stockerau, Tulln, Mödling und einen Teil des Marchfeldes einbeziehen solle. Wohl gebe der derzeitige Zustand im Landtag zu

bedenken, daß achtundsechzig Abgeordnete auf Wien und zweiundfünfzig auf sechzehnhundert niederösterreichische Gemeinden entfallen. Trotzdem sei nicht ein scharfer Schnitt, sondern ein weiteres Zusammenarbeiten nötig. Niederösterreich nehme scharf dagegen Stellung, daß die Teilung des Landes von dem Gesichtspunkte der Trennung zwischen agrarischen und industriellen Gebieten erfolge. Ihr Standpunkt sei, daß alles, was außerhalb Wiens fällt, einheitliches Gebiet bleiben müsse. Der christlichsoziale Landtagsabgeordnete Segur aus Mödling sprach die Wünsche der Landstädte aus. Auch er sei der Meinung, daß sich die Vertreter der Landstädte mit dem Gedanken der Trennung Wiens abfinden müssen, daß diese Trennung aber nach dem bisherigen Gebietsstande erfolgen müsse, wobei Gebietsveränderungen möglich wären.

Am zweiten Verhandlungstage ergriffen u. a. Dr. Langoth, Dr. Ender, Dr. Danneberg und Gruber das Wort<sup>46</sup>. Von diesen Rednern verdient der Großdeutsche Dr. Langoth<sup>47</sup> besondere Beachtung, weil er die Stellung seiner Partei eingehend erörterte und die Abweichungen vom Verfassungsentwurfe des Dr. Mayr erklärte. Die Frage, ob Wien als selbständiges Glied von Niederösterreich losgelöst in den Bundesstaat eingefügt werden solle, sei der Entscheidung der Niederösterreicher und Wiener selbst zu überlassen. Eine Zerreißung der niederösterreichischen Landeseinheit lehne seine Partei mit der Begründung ab, daß dadurch Wien in seiner kulturellen, wirtschaftlichen und vor allem in seiner nationalen Bedeutung geschwächt würde. Am 22. IV. kam Dr. Danneberg nochmals auf die Wienfrage zu sprechen<sup>48</sup>. Diese Frage sei für die Sozialdemokraten nicht die Frage der Loslösung Wiens von Niederösterreich, sondern die Frage der Teilung von Niederösterreich in neue Länder. Wie diese erfolgen soll, das wird in Niederösterreich selbst entschieden werden müssen. Es sei keineswegs ausgemacht, daß die vor Jahrhunderten geschaffenen Landesgrenzen ewig bleiben müssen. Wenn sich Länder zu einem Bunde zusammenschließen, müsse man fragen, ob sie lebensfähig und den heutigen Zeitverhältnissen entsprechend gebildet seien. Am letzten Konferenztage sprach u. a. noch Gemeinderat Kunschak und Landeshauptmann Rintelen<sup>49</sup>. Kunschak bekräftigte, daß die Länderkonferenzen raschestens eine den staatlichen Wiederaufbau ermöglichende und die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung verbürgende Verfassung geben sollten und daß sie dazu wertvolle Arbeit geleistet hätten. Er stellte den Antrag, die Staatsregierung aufzufordern, mit der größten Beschleunigung und unter Berücksichtigung der Willensmeinung der Länderkonferenz von Salzburg und Linz den Entwurf einer Staatsverfassung auszuarbeiten und vorzulegen. Landeshauptmann Dr. Rintelen schloß die Debatten mit dem Hinweis, der Erfolg der Linzer Tagung liege darin, daß durch eine gegenseitige Aussprache manche Differenzen überbrückt und manche Gegensätze gemildert wurden. Aber auch dort, wo Gegen-

sätze geblieben sind, habe die Herausarbeitung der prinzipiellen Anschauungen die Weiterentwicklung gefördert.

Das Ergebnis der Linzer Konferenz wurde in weiten Kreisen mit Befriedigung aufgenommen. Die Konferenz sei zwar, wie die Neue Freie Presse schrieb<sup>50</sup>, über das Erwartete nicht hinausgekommen, denn es hätten diesmal nicht mehr die Länder, sondern die Parteien gesprochen. Der Wille zum Staate sei aber von keiner Partei verneint worden. Die Reichspost äußerte sich<sup>51</sup>, daß man auf den Verlauf und das Ergebnis der beiden Länderkonferenzen in Salzburg und Linz mit großer Befriedigung zurückblicken könne. Das Ergebnis in der Wienfrage konnte nur ein Kompromiß sein. Der sogenannte „Linzer Entwurf“, das war der Verfassungsentwurf Dr. Mayrs, ergänzt durch die Abänderungsanträge, die in Linz gestellt worden waren, erklärte in der Wienfrage, daß sich Wien und Niederösterreich zu verständigen hätten. Dieser Linzer Entwurf wurde nun den folgenden Beratungen über die Verfassungsfrage im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung zu Grunde gelegt<sup>52</sup>.

Auch außerhalb der Nationalversammlung kam die Wienfrage nicht zur Ruhe. Der christlichsoziale Volksbund hatte schon vor der Linzer Konferenz für den 29. IV. eine Tagung der christlichsozialen Vertreter der Städte, Märkte und Industrieorte zur Stellungnahme zu der Wienfrage nach Baden einberufen<sup>53</sup>, die auch am festgesetzten Tage im Kurhaus in Baden abgehalten wurde<sup>54</sup>. Staatssekretär Dr. Mayr sprach in seinem Referate über die Verfassungsfrage auch über die Trennung Wiens, die ein besonders dringender Wunsch der übrigen Länder sei. Wie die Trennung, für die auch er sei, vollzogen werden solle, darüber haben Wien und Niederösterreich zu entscheiden. Gemeinderat Kunschak erklärte den Standpunkt der Christlichsozialen dahingehend, daß sie nur dann für eine Trennung seien, wenn sie sich in den bisherigen Gebietsgrenzen vollziehe. Landtagsabgeordneter Segur sprach in entschiedener Weise gegen eine Einverleibung des Viertels unter dem Wiener Walde. Abgeordneter Kollmann kündigte für das Wiener Land noch größere Ausweitungen an. Die Sozialdemokraten wollen nach seinem Berichte das ganze Gebiet bis zum Semmering, um es mit Nordsteiermark zu einer roten Zentrale zu vereinigen. In einer lebhaften Wechselrede sprachen sich die meisten der anwesenden Vertreter der niederösterreichischen Städte gegen die Trennung Wiens aus. Aus anderen Bezirken wurde berichtet, daß keine einheitliche Auffassung in dieser Frage herrsche. Die christlichsozialen Bauern verlangten die Trennung. Unter Führung des christlichsozialen Landesrates Zwetzbacher fanden, wie der damalige Landeshauptmann Sever in seiner Selbstbiographie schilderte<sup>55</sup>, unzählige Sitzungen zwischen Vertretern Wiens und Niederösterreichs statt, bis es schließlich zur Trennung kam.

Der Schwerpunkt lag nach der Linzer Tagung in der Wienfrage, wie in der Verfassungsfrage überhaupt, in der Nationalver-

sammlung und war dem die Vorberatung und Vorarbeit leistenden Verfassungsausschuß übertragen. Die Meinungen waren auch dort noch geteilt. Durch die Demission der Regierung Renner und die Auflösung der Koalition, die am 4. VII. aus nichtigen Gründen erfolgte, wurde es um die Verfassungsfrage keineswegs klarer. Die Befürchtung, daß die Nationalversammlung bis zum 31. X. 1920, dem hiefür festgesetzten Termin, mit der Bundesverfassung nicht fertig werde, ließ den Verfassungsausschuß über Initiative seines Vorsitzenden Dr. Bauer am 7. VIII. einen Unterausschuß wählen, der sich bemühte, einen Verfassungsentwurf rechtzeitig fertigzustellen, der allen Anforderungen der Länder und politischen Parteien entsprechen sollte. Das war nicht leicht, da zu dieser Zeit, wie schon erwähnt, der Standpunkt zur Wienfrage noch immer nicht einheitlich war. Er wurde Ende August noch verworrener, als sich im christlichsozialen Landtagsklub eine beachtliche Zahl von Abgeordneten gegen eine vollständige Trennung und für eine Kurialisierung Wiens aussprach, deren Wortführer Gemeinderat Kunschak war. In der Reichspost kam es sogar zu einer Art Pressefehde zwischen Gemeinderat Schmitz, der für die Kurialisierung Wiens war<sup>56</sup> und dem Berichterstatter im Verfassungsausschuß Dr. Seipel, der in einem „Wienland“ betitelten Artikel die Trennung Wiens und damit die Stellung des Verfassungsausschusses erörterte<sup>57</sup>. Es hat also, wie die Zeitungspolemik Seipel-Schmitz zeigt, die Möglichkeit einer Teilnahme der Presse und mit ihr der Öffentlichkeit an der Wienfrage nicht gefehlt.

Anfangs September begannen wieder diesbezügliche Parteienverhandlungen. Auch im Wiener Stadtrat kam die Frage am 16. IX. und im Gemeinderat am 17. IX. wieder auf die Tagesordnung, als über die rechtliche Stellung Wiens in der neuen Bundesverfassung beraten wurde<sup>58</sup>. Der Berichterstatter Gemeinderat Speiser eröffnete die Diskussion mit dem Hinweis, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, in dem nochmals gesagt werden müsse, was die Wiener wollen. Die Forderung Wiens, von Niederösterreich unabhängig zu sein, sei nur eine Teilfrage. Es gehe auch um die Frage des Gebietsumfanges, worin aber eine starke Meinungsverschiedenheit herrsche. Eines sei wohl als feststehend anzunehmen, daß Wien unbedingt das erforderliche Siedlungsgebiet gewährleistet werden müsse und daß es sich unter keinen Umständen auf sein jetziges Gebiet beschränken lassen dürfe. Stadtrat Dr. Kienböck ergriff, wie schon tags zuvor im Stadtsenate, das Wort und führte aus, daß sich über die Fassung der die Wienfrage betreffenden Paragrafen des Unterausschusses der Nationalversammlung, die als Ausgangspunkt für die Debatte im Gemeinderat anzusehen seien, gewiß manches sagen ließe, daß aber die Christlichsozialen ihre Zustimmung dazu erteilen. Einzelfragen wären noch zu klären. Dazu wären aber nicht nur Besprechungen der Parteien, sondern auch der beruflichen Körperschaften und eine Auseinandersetzung zwischen Niederösterreich und Wien erforderlich. Der nächste Redner

Dr. Danneberg nannte das Verhältnis von Wien und Niederösterreich sehr kompliziert. Die Frage der endgültigen Auseinandersetzung zwischen den beiden Partnern stehe heute nicht auf der Tagesordnung, sondern die Frage, welche Rechte und Stellung Wien als Bundeshauptstadt in der Bundesverfassung eingeräumt werden. Der Gegensatz zwischen Wien und den Ländern sei ein Gegensatz zwischen Revolution und Reaktion, zwischen dem revolutionären Wien der Arbeiter und den agrarischen Alpenländern, den konservativen Ländern. Die Anträge des Stadtrates seien ein Minimum dessen, was Wien verlangen müsse: Seine Selbständigkeit in finanzieller Beziehung.

Der liberale Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller trat in einer längeren Rede dafür ein<sup>59</sup>, daß die Frage der künftigen Stellung Wiens aus dem Parteiengetriebe losgelöst werden solle. Das Schicksal der Stadt werde jetzt nicht nach den Interessen der Wiener Bevölkerung, sondern nach den Parteiinteressen erledigt. Der Wiener Gemeinderat habe bis jetzt nichts getan, um die Bevölkerung über die ganze Sachlage aufzuklären. Man stimme über die Verfassung ab, ohne die Wünsche der Wiener zu hören. In Vorarlberg gab es eine Volksabstimmung, in Wien dagegen nicht. Er halte die Trennung Wiens für notwendig. Auch eine Vergrößerung seines Territoriums. Aber nicht eine Vergrößerung, wie sie von sozialdemokratischer Seite vorgeschlagen wurde, bis St. Pölten oder Wiener Neustadt oder sonst wohin. Die Vergrößerung des Territoriums der Stadt müsse derart sein, daß sich Wien selbständig ungehindert entwickeln könne und Ausdehnungsmöglichkeiten besonders für die Industrie habe. Wien sei durch seine geographische Lage binnenländischer Umschlagplatz. Für diese Zwecke müsse es über sein Gebiet frei verfügen können. Grund und Vorbedingung für die Auseinandersetzung zwischen Wien und Niederösterreich seien Verhandlungen über die Vergrößerung des Wiener Territoriums. Diese Auseinandersetzung, die in erster Linie nur diese beiden Partner angehe, brauche Zeit und könne nicht im Eilzugstempo durchgeführt werden. Er stelle daher den Antrag, die Vertreter Wiens in der Nationalversammlung seien vom Gemeinderat aufzufordern, die Interessen der Stadt in der Nationalversammlung wahrzunehmen und nicht zuzugeben, daß über die Stellung Wiens Beschlüsse gefaßt werden, bevor nicht die Vertreter des Wiener Gemeinderates durch zu erteilende Instruktion sich informiert und Gelegenheit haben, selbst in die Verhandlungen einzugreifen. Bei den Verhandlungen, bei denen das Schicksal Wiens erledigt werden soll, sollen die Vertreter der Stadt als Verhandlungspartner auftreten. Ob das Verfassungswerk noch in dieser Nationalratsperiode erledigt werde, könne für die Bewohner Wiens gleichgültig sein. Viel wichtiger aber bleibe es für Wien, daß das, was als Verfassungswerk beschlossen wird, im Interesse der Stadt Wien und seiner Bewohner gelegen sei.

Den Gemeinderäten Ehrlich und Feldmann, die bemängelten, daß der Gemeinderat über die vorliegende Frage zu wenig informiert sei, stimmte auch Gemeinderat Kunschak zu<sup>60</sup> und führte u. a. aus, daß weder der Gemeinderat, noch sonst eine Institution der Gemeinde sich mit der Frage befaßte, welche Rolle Wien im Bundesstaate spielen werde. Vom Unterausschuß liegen bereits konkrete Formulierungen über die künftige Stellung Wiens vor. Der Nationalrat habe die Absicht, über die Wienfrage einfach zur Tagesordnung zu gehen. Die Meinung Wiens wurde bisher nicht eingeholt. Dies sei eine Mißachtung des Gemeinderates.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters kam es zur Beschlußfassung<sup>61</sup>, worin der Bürgermeister beauftragt wurde, der Nationalversammlung und der Staatsregierung aus Anlaß der Beratung der Bundesverfassung nachstehende Wünsche der Gemeinde bekannt zu geben. Die Möglichkeit der Bildung eines selbständigen Landes Wien durch übereinstimmenden Beschluß des Wiener Gemeinderates und der Vertretung des Landes Niederösterreich soll in der Bundesverfassung vorgesehen werden. Wien soll schon vor der Teilung des jetzigen Landes Niederösterreich einem Lande gleichgehalten werden hinsichtlich der Gesetzgebung bezüglich der Gemeinde- und Landesabgaben, der autonomen Beschlußfassung über seine Verfassung, der Gesetzgebung für Wien in allen Angelegenheiten, die bei der Auseinandersetzung zwischen der Gemeinde Wien und dem Lande Niederösterreich als gemeinsam bezeichnet werden.

Wie aus den Gemeinderatsdebatten zu ersehen ist, ist in der ersten Septemberhälfte doch eine Annäherung der Standpunkte in der Wienfrage erfolgt. Diese führte im Unterausschuß zu einer Einigung, wie der am 15. IX. fertiggestellte Verfassungsentwurf bezeugen kann. Man fand sich auf mittlerer Linie. Die Trennung Wiens von Niederösterreich war kein Streitpunkt mehr. Die Christlichsozialen stimmten ihm unter dem Vorbehalt zu, daß vorerst eine Kurialisierung Wiens durchgeführt werde und zu einem späteren Zeitpunkt, wenn beide Partner es wollten, eine völlige Trennung. Die Sozialdemokraten gaben sich damit zufrieden. Um die Frage einer großen Gebietserweiterung Wiens, um den Plan eines Wiener Landes, von ihnen wohl noch erstrebt, wurde es vorläufig ruhig. Der Verfassungsentwurf, als Kompromißlösung ein Meisterwerk der führenden Männer des Verfassungsausschusses, wurde am 29. IX. im Nationalrat eingebracht und nach kurzer Debatte am 1. X. in dritter Lesung angenommen und verabschiedet<sup>62</sup>. Berichterstatter Dr. Seipel gab eine ausführliche Darstellung über den Werdegang des Bundesverfassungsgesetzes, das eineinhalb Jahre die konstituierende Nationalversammlung beschäftigte. Auch die Wienfrage finde, wie der erste Debattenredner Dr. Danneberg verwies, in ihr eine vorläufige Lösung. Damit werde einem nicht mehr haltbaren Zustand ein Ende gesetzt und Wien erhalte, wenn auch noch mit Niederösterreich vereint, die rechtliche

Stellung eines selbständigen Bundeslandes. Dies sei politisch ein ungeheurer Fortschritt. Abgeordneter Kunschak kam bei seinen Ausführungen als einziger Redner nochmals auf das Wiener Land zu sprechen<sup>63</sup>, das als Industrieland das Industriegebiet an der Südbahn bis zum Semmering und eventuell auch das obersteirische Industriegebiet umfassen sollte, dabei aber in keiner Weise einer natürlichen Grenzziehung entsprechen würde. Unter den fast ein Dutzend zählenden Rednern in der Spezialdebatte am 30. IX. sei nur noch auf den Niederösterreicher Stöckler verwiesen<sup>64</sup>, der mit einem gewissen wehmütigen Unterton den heutigen Tag als einen sehr bedeutenden für Niederösterreich und Wien bezeichnete, weil in dieser definitiven Verfassung endlich, obwohl schüchtern, die Selbständigkeit des Landes Niederösterreich aufgeführt erscheint.

Das Bundesverfassungsgesetz<sup>65</sup>, das am 10. XI. 1920 in Kraft trat, brachte die Neugestaltung der politischen Stellung Wiens und damit die vorläufige Lösung der Wienfrage. Im Artikel 2 wurde Niederösterreich nicht mehr als ein Bundesland angeführt, sondern in zwei Kurien geteilt, als Niederösterreich-Land und Wien. Artikel 114 bestimmte, daß ein selbständiges Bundesland Wien durch übereinstimmende Gesetze des Wiener Gemeinderates und des Landtages von Niederösterreich-Land gebildet werden kann. Der letzte Schritt, die vollständige Trennung, ließ noch Monate auf sich warten und wurde erst durch das Trennungsgesetz vom 29. XII. 1921 mit Wirksamkeit vom 1. I. 1922 vollzogen<sup>66</sup>. Damit war die Wienfrage gelöst. Von einer Gebietserweiterung Wiens, von der Schaffung des Wiener Landes war keine Rede mehr.

Der Plan eines Wiener Landes war keineswegs in Vergessenheit geraten. Man stellte ihn vorläufig zurück und gab sich mit dem Erreichten zufrieden. Das Bundesland Wien sei, nach der Ansicht Dr. Bauers<sup>67</sup> das stärkste Bollwerk der Arbeiterklasse innerhalb des Bundes. In den folgenden Wochen und Monaten wurden andere Fragen in das politische Blickfeld der Sozialdemokraten gerückt. Die Koalitionsregierung war, wie schon erwähnt, in Brüche gegangen, der eine Proporzregierung folgte, in der Dr. Mayr den Vorsitz hatte. Die Wahlen am 17. X. brachten eine einschneidende Verschiebung der Machtverhältnisse. Die Sozialdemokraten, bisher mit zweiundsiebzig Mandaten die stärkste Partei, verloren zehn Mandate. Die Christlichsozialen gewannen zu den bisherigen neunundsechzig Mandaten zehn dazu und wurden die erste Partei im Nationalrat. Die neue Regierung war ohne Sozialdemokraten.

Durch diese Entwicklung in der österreichischen Innenpolitik war es noch aussichtsloser geworden, die Zustimmung der Christlichsozialen zu einem Wiener Land zu erlangen<sup>68</sup>. Ein beredtes Zeugnis dafür ist der niederösterreichische Landesparteitag der sozialdemokratischen Partei vom 19. XII. 1920 im Arbeiterheim in Favoriten und die dort gehaltenen Reden. Die Debatte war, nach Helmers Schilderung wenig erfreulich<sup>69</sup>. Eine Anzahl Delegierter gab der Meinung Ausdruck, daß bei den Verfassungsverhandlungen wohl

die Interessen Wiens voll gewahrt wurden, die niederösterreichischen Arbeiter und Angestellten aber den Preis für die Selbständigkeit Wiens bezahlen mußten. Weder das Wiener Land konnte verwirklicht werden, noch bestehe eine Hoffnung auf die Demokratisierung der Lokalverwaltung. In Favoriten kam es, bedingt durch die Trennung Wiens, zur Schaffung einer eigenen Wiener Landesorganisation der Sozialdemokratischen Partei. Der letzte Parteitag der gemeinsamen Landesorganisation, zu dem hundert-siebenundsechzig Teilnehmer vorwiegend aus der Provinz erschienen waren, ging nach Helmers Schilderung in gedrückter Stimmung auseinander. Das politische Referat Dr. Dannebergs, in dem er sich besonders mit der Trennungsfrage befaßte<sup>70</sup>, kann als der Grabgesang des Planes eines Wiener Landes bezeichnet werden, der durch neun Monate, vom 27. III. bis 19. XII. 1920 die Gemüter bewegte, bei politischen Auseinandersetzungen erhitzte und der, weil er nicht auf Erkenntnissen berufener Fachleute und Ergebnissen sachlicher wissenschaftlicher Forschung fußte<sup>71</sup>, sondern von Anfang an von den Politikern als politische Frage, als Machtfrage behandelt wurde, nach den Oktoberwahlen und der dabei erfolgten Verschiebung der politischen Machtverhältnisse in Staat und Land, scheitern mußte und scheiterte.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> A. Hickmann, Wien im 19. Jahrhundert, Wien 1901.

<sup>2</sup> R. Till, Zur Herkunft der Wiener Bevölkerung im 19. Jahrhundert. Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Breslau 1941, S. 15 ff.

<sup>3</sup> R. Till, Innenminister Franz Graf Stadion, in: H. Hantsch, Gestalter der Geschichte Österreichs, Innsbruck 1962, S. 379 ff.

<sup>4</sup> R. Till, Geschichte der Wiener Stadtverwaltung in den letzten zweihundert Jahren, Wien 1957, S. 92 f.

<sup>5</sup> R. Till, Erich Graf Kielmansegg und die Wiener Stadterweiterung 1890, in: Festschrift Professor Dr. Anselm Weissenhofer zu seinem 70. Geburtstag gewidmet. Wien 1954, S. 87 ff.

<sup>6</sup> F. Walter, Wien, die Geschichte einer deutschen Stadt an der Grenze. Wien 1940—44. H. Tietze, Wien, Kunst, Kultur, Geschichte. Wien 1931. K. Gutkas, Geschichte von Niederösterreich, St. Pölten 1957.

<sup>7</sup> R. Till, Der Plan einer Gliederung Wiens in Nationalitätenviertel. Wr. Gbl. 1955, Nr. 4, S. 73 ff.

<sup>8</sup> O. Helmer, Aufbruch gegen das Unrecht. Wien 1964, S. 126.

<sup>9</sup> I. Seipel, Der Kampf um die österreichische Verfassung. Wien 1930, S. 231.

<sup>10</sup> Sitzungsberichte des Wr. Gemeinderates.

<sup>11</sup> K. Lechner, Niederösterreich und Wien, Landschaft, Geschichte, Kultur, Strukturen und Funktionen. In: Custos quid de nocte. Festschrift zum 70. Geburtstage von Michael Pfliegler. Wien 1961, S. 7 ff.

R. Till, Wien—Niederösterreich. Die politische Stellung der Stadt Wien im und zum Lande Niederösterreich. In: Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich, Bd. XXXVI, Wien 1964, S. 587 ff. Das vorliegende Thema wurde für die Festschrift zum 70. Geburtstag von Karl Lechner ausgewählt und bearbeitet. Lechner ist, wie Max Vancsa und Anton Becker mit Niederösterreich und Wien verwurzelt und verbunden. Verwurzelt mit Niederösterreich durch Abstammung, Geburt und Heimat. Verbunden durch berufliche Tätigkeit als Hüter landesgeschichtlicher Quellen und

durch landesgeschichtliche Forschungsarbeit. Verbunden aber auch mit Wien durch Jahrzehnte langes Wohnen, Planen und Bauen, Forschen und Lehren. Daher scheint dieses Thema, in dem der Pulsschlag von Stadt und Land zu spüren ist, das dem Interessengebiet Lechners entspricht, ein Thema aus dem Fragenkreis der historischen Beziehungen von Niederösterreich und Wien als Geburtstagsgabe für Lechner besonders geeignet.

<sup>12</sup> R. Till, Das Werden des jüngsten Bundeslandes. Wr. Gbl. 1961, Nr. 4, S. 331 ff.

<sup>13</sup> O. Helmer, Fünfzig Jahre erlebte Geschichte. Wien 1957, S. 93.

<sup>14</sup> Gemeinderatssitzung vom 9. I. 1920, Amtsblatt vom 17. I. 1920, Nr. 5, S. 137.

<sup>15</sup> Gemeinderatssitzung vom 12. I. 1920, Amtsblatt vom 24. I. 1920, Nr. 7, S. 203.

<sup>16</sup> Neue Freie Presse vom 17. II. 1920.

<sup>17</sup> W. Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, Wien 1962, S. 84.

<sup>18</sup> R. Till, Wien-Niederösterreich, a. a. O., S. 602.

<sup>19</sup> Arbeiterzeitung vom 29. III. 1920.

<sup>20</sup> O. Helmer, Aufbruch, a. a. O., S. 126.

<sup>21</sup> Neue Freie Presse vom 29. III. 1920.

<sup>22</sup> Arbeiterzeitung vom 8. IV. 1920.

<sup>23</sup> O. Helmer, Aufbruch, a. a. O., S. 127, Reichspost vom 4. IV. 1920 und Arbeiterzeitung vom 9. IV. 1920.

<sup>24</sup> Neue Freie Presse vom 10. IV. 1920.

<sup>25</sup> Arbeiterzeitung vom 10. IV. 1920.

<sup>26</sup> Reichspost vom 14. IV. 1920.

<sup>27</sup> Neue Freie Presse vom 14. IV. 1920.

<sup>28</sup> Ebendort vom 15. IV. 1920.

<sup>29</sup> Reichspost vom 15. IV. 1920.

<sup>30</sup> Neue Freie Presse vom 15. IV. 1920.

<sup>31</sup> Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 16. IV. 1920, Amtsblatt der Stadt Wien, S. 1153 ff.

<sup>32</sup> Ebendort, S. 1161

<sup>33</sup> Ebendort, S. 1167.

<sup>34</sup> Ebendort S. 1171.

<sup>35</sup> Ebendort S. 1175.

<sup>36</sup> Reichspost vom 17. IV. 1920.

<sup>37</sup> Ebendort vom 18. IV. 1920.

<sup>38</sup> Ebendort vom 18. IV. 1920.

<sup>39</sup> Ebendort vom 24. IV. 1920.

<sup>40</sup> Ebendort vom 23. IV. 1920.

<sup>41</sup> Neue Freie Presse vom 21. IV. 1920.

<sup>42</sup> Volkszeitung vom 21. IV. 1920.

<sup>43</sup> Neue Freie Presse vom 20. IV. 1920.

<sup>44</sup> Ebendort vom 22. IV. 1920.

<sup>45</sup> Reichspost vom 21. IV. 1920.

<sup>46</sup> Volkszeitung vom 22. IV. 1920.

<sup>47</sup> Neue Freie Presse vom 22. IV. 1920.

<sup>48</sup> Volkszeitung vom 23. IV. 1920.

<sup>49</sup> Volkszeitung vom 24. IV. 1920.

<sup>50</sup> Neue Freie Presse vom 25. IV. 1920.

<sup>51</sup> Reichspost vom 24. IV. 1920.

<sup>52</sup> I. Seipel, Der Kampf um die österreichische Verfassung, a. a. O., S. 254.

<sup>53</sup> Reichspost vom 21. IV. 1920.

<sup>54</sup> Volkszeitung vom 1. V. 1920.

<sup>55</sup> A. Sever, Ein Mann aus dem Volke. Selbstbiographie, Wien 1956, S. 33.

<sup>56</sup> Reichspost vom 27. VIII. und 1. IX. 1920.

<sup>57</sup> Ebendort vom 31. VIII. 1920.

- 58 Gemeinderatsprotokoll vom 17. IX. 1920, Nr. 57, S. 363 ff.
- 59 Ebendort S. 372.
- 60 Ebendort S. 380.
- 61 Ebendort S. 386
- 62 Stenographisches Protokoll der Sitzungen der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich, III. Bd. Wien 1920, 100. Sitzung am 29. IX. 1920, S. 3369 ff.
- 63 Ebendort S. 3409 f.
- 64 Ebendort S. 3451 f.
- 65 Bundesgesetzblatt für Österreich Nr. 1 aus 1920.
- 66 Landesgesetzblatt für Wien Nr. 153 aus 1921 und Landesgesetzblatt für Niederösterreich Nr. 346 aus 1921.
- 67 O. Bauer, Die österreichische Revolution, Wien 1923, S. 222/3.
- 68 O. Helmer, Aufbruch, a. a. O., S. 128.
- 69 Ebendort, S. 133.
- 70 Arbeiterzeitung vom 20. XII. 1920.
- 71 H. Bobek-E. Lichtenberger, Wien. Bauliche Gestalt und Entwicklung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Schriften der Kommission für Raumerforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Bd. 1, Wien 1966.



# ZOBODAT - [www.zobodat.at](http://www.zobodat.at)

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich](#)

Jahr/Year: 1967

Band/Volume: [37](#)

Autor(en)/Author(s): Till Rudolf

Artikel/Article: [Wiener Land 317-339](#)